

Der Deutsche Holzarbeiter

Eigentum und obligatorisches Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 75 Pfg. Deutscher Postzeitungskatalog 1924a.
Für die Mitglieder des Verbandes durch die Zahlstellen gratis.

Infektionspreis: Die einseitige Beitzelle ober deren Raum 15 Pfg.
Redaktion und Expedition: Köln a. Rhein, Palmstraße 14. -- Telephonruf 7605
Redaktionschluss: Dienstag Mittag.

N. 47.

Köln, den 18. November 1904.

V. Jahrgang.

Unsere sozialpolitischen Forderungen an die Gesetzgebung

lautete das Thema, welches Arbeitersekretär Wiesberts in einer großen Gewerkschaftsversammlung in Köln behandelte. Angesichts der Tatsache, daß die Scharfmacher alles aufbieten, um die Fortführung der sozialen Reformen bei der Gesetzgebung zum Stillstand zu bringen, ist es für die christlichen Arbeiter unbedingt notwendig, auch ihrer Ansicht Ausdruck zu verleihen. Wir müssen der Regierung sowohl wie auch den Volkvertretern in den Parlamenten, ganz gleich welcher Partei dieselben angehören, zum Bewußtsein bringen, daß wir auf unsern berechtigten Forderungen beharren, bis dieselben erfüllt sind. Gerade jetzt ist es Zeit, daran wieder zu erinnern, weil Ende November der Reichstag zusammentritt. Wir lassen das hochwichtige Referat nach dem Kölner Lokalanzeiger hier folgen:

Redner warf zunächst einen kurzen Rückblick auf das bisher in der sozialen Gesetzgebung Erreichte, das manchem klein und unbedeutend erscheine; aber bei einem Vergleich mit den früheren Zuständen müsse man anerkennen, daß doch etwas geschehen sei für die deutschen Arbeiter. Damit ist nicht gesagt, daß genug geschehen sei; aber wenn wir weitere Reformen verlangen wollen, müssen wir auch das Geschaffene ehrlich anerkennen. Redner erinnerte dann an die Leistungen der Arbeiterversicherung und an die jüngsten sozialpolitischen Gesetze. An der Krankenversicherungsnovelle ist ja manches auszuführen, insbesondere, daß die Altersfrage ungeklärt blieb; aber eine weitere Novelle ist in Aussicht gestellt. Namentlich ist eine Vereinheitlichung der Kranken- und Invalidenversicherung zu wünschen, wobei freilich Aufrechterhaltung der freien Selbstverwaltung der Arbeiter die Voraussetzung sein muß. Erfreuliche Fortschritte sind auch das Kinderschutzgesetz, welches eine bemerkenswerte Etappe in der Sozialreform darstellt, das Phosphorgebot (Verbot des weißen Phosphors) und das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte.

Kein Stillstand in der Sozialreform!

Einen Stillstand kann und darf es aber nicht geben. Auf diesen Standpunkt hat sich im Februar v. J. auch der Reichskanzler gestellt, und noch kürzlich auf dem Kongresse der internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz hat der Vertreter des Deutschen Reiches ebenfalls erklärt, daß man in Deutschland unbeschadet aller internationalen Vereinbarungen in der sozialen Gesetzgebung fortfahren werde. Dazu müssen wir aber auch mithelfen. Wir müssen als Gewerkschafter über die Mißstände, über die wir uns zu beklagen haben, Material sammeln und den zuständigen Stellen zur Verfügung stellen. Es ist anzuerkennen, daß die arbeiterstatistische Abteilung des reichsstatistischen Amtes und das Reichsarbeitsblatt ihre Aufgabe mit Geschick und Energie angehen; man ist gewillt, auch in die dunkelsten Ecken der sozialen Mißstände hineinzuleuchten. Aber es wäre auch wünschenswert, daß in dem Betrat für Arbeiterstatistik Vertreter der Arbeiterorganisationen als praktische Mitarbeiter läßen. Erfreulicherweise fängt man heute schon an, Rücksicht auf die Organisationen zu nehmen; so sind z. B. bei den Erhebungen über das Binnen-schiffahrtsgewerbe die Vorschläge der Organisationen berücksichtigt worden.

Arbeiterversicherung.

Das nun unsere Wünsche an die Gesetzgebung betrifft, so habe ich bereits die Notwendigkeit größerer Eingetlichkeit in der Versicherungs-gesetzgebung erwähnt. Damit wäre auch die Witwen- und Waisenerziehung zu verbinden. Da hierfür bekanntlich bereits Gelder aus den Mehrerträgen der Lebensmittelsölle festgelegt sind, wird in den nächsten Jahren diese Frage aktuell werden. Daher gilt es Erfahrungen zu sammeln und Vorschläge zu machen, damit etwas Gutes erreicht wird. Was ferner die deutsche Unfallversicherung betrifft, so hat man z. B. auf der Baseler Arbeiterschutzkonferenz die Forderung gestellt, daß die ausländischen Arbeiter auch dann die Renten erhalten sollen, wenn sie nicht mehr in Deutschland wohnen. Das ist berechtigt; das große Deutsche Reich sollte den ausländischen Arbeitern gegenüber human sein. Aber sonst sind die Vorwürfe gegen unsere Unfallversicherung von großem Teil unbegründet, zumal unsere Arbeiter im Ausland noch keine gleichwertige Versicherungs-gesetz-

gebung vorfinden. Jedenfalls haben wir deutsche Arbeiter Grund, stolz zu sein auf unsere Arbeiterversicherung, die der frühere französische Minister Millerand auf dem Baseler Kongress ein Monumentalwerk nannte.

Die vornehmste Sorge der Arbeiter muß aber die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes sein. Was wir vielfach beklagen, ist, daß der § 153 der Gewerbeordnung das im § 152 gewährleistete Koalitionsrecht in manchen Fällen wieder aufhebt. Die Strafandrohungen des § 153 bilden ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter. Das Strafgesetzbuch würde vollständig ausreichen, um Ausschreitungen zu bestrafen. Dazu kommt, daß die gewaltsame Verhinderung der Koalitionsfreiheit durch Arbeitgeber nicht unter Strafe gestellt ist. Entweder muß also der § 153 vollständig fallen, oder gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber. (Sehr richtig.)

Redner erinnert sodann an die Stellungnahme des Magdeburger Handwerkerkongresses zur Koalitionsfrage und sprach unter lebhafter Zustimmung seitens der Versammlung das Bedauern darüber aus, daß man sich dort auf eine scharfmacherische Fährte habe locken lassen. Wir alle wünschen, daß das Handwerk blüht und gedeiht und daß es sich im Konkurrenzkampf energisch zur Wehr setzt. Handwerker- und Arbeiterstand stehen sich sehr nahe; die wirtschaftliche und soziale Grenze zwischen beiden verschleibt sich vielfach. Das Handwerk sollte daher, wenn es für sich gesetzliche Schutz verlangt, sich auf den Arbeiterstand stützen, statt ihm mit scharfmacherischen Bestrebungen entgegenzutreten. Ebenso bedauerlich ist die Stellungnahme des Rheinischen Handwerkerkongresses gegen die Tarifverträge, die aber hauptsächlich auf Unkenntnis des Wertes solcher Abmachungen zurückzuführen ist. Die Aufklärung hierüber und insbesondere die günstigen Erfahrungen mit den Tarifverträgen werden mit der Zeit Wandel schaffen.

Hinsichtlich der in Aussicht stehenden Rechtsfähigkeit für die Berufsvereine betonte Redner, daß dieselbe unter keinen Umständen dazu benutzt werden dürfe, die Bewegungsfreiheit der Organisationen einzuzengen; sonst würden diese lieber auf alle Rechtsfähigkeit verzichten. Wir möchten uns nicht gern goldene Fesseln anlegen lassen. Die Vorschläge der Regierung werden daher nach dieser Richtung auf das ernsthafteste zu prüfen sein.

Einer Änderung bedürfen ferner die rückständigen Koalitionsbestimmungen in den Einzelstaaten. Dieser Lage ging eine Mitteilung durch die Presse, wonach ein Bauernknecht und seine Frau zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden sind, weil sie die anderen Arbeiter aufgefordert haben, wenn der Tagelohn nicht von 60 auf 80 Pfg. (I) erhöht werde, am folgenden Montag nicht mehr zur Arbeit zu kommen. Das mutet einen an, wie eine Erzählung aus längst vergangener Zeit. Solche Zustände sind geradezu vernunftwidrig. (Sehr richtig!) Daher wünschen wir auch, daß das sogenannte Kontraktbruchgesetz nicht zustande kommt, wie es nach der Kommissionsberatung den Anschein hat. Man hat in der Kommission versucht, eine Resolution einzubringen, welche von der Reichsregierung eine ähnliche Gesetzesvorlage für die Industriearbeiter verlangt. Möge man mit einer solchen Forderung nur kommen, der Reichstag wird wissen, wohin sie gehört. Er wird ein „Buchhausgesetz“ auch nicht auf Umwegen bewilligen.

Seit Jahren steht ferner die Frage der Arbeitskammern

auf der Tagesordnung. Im Reichstag sind bereits viele Anträge und Interpellationen über diese Frage gestellt worden. Auch der Frankfurter Arbeiterkongress und kürzlich die Gesellschaft für Soziale Reform haben diese Forderungen unterstützt. Dabei ist bis vor kurzem stillschweigend von allen Parteien, auch von den Sozialdemokraten, die Idee der paritätischen (aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzten) Arbeitskammern vertreten worden. Erst neuerdings ist der Vorschlag der reinen Arbeiterkammern aufgetaucht. Dieser Vorschlag hat gewiß an sich etwas Bestehendes. Aber ich weiß eigentlich nicht, was Arbeiterkammern, also reine Arbeitervertretungen, neben unseren starken Gewerkschaftsorganisationen noch sollen? (Sehr richtig.) Christliche, sozialdemokratische und Girch-Dunkelische Arbeitervertreter würden in einer reinen Arbeiterkammer vielfach das Schauspiel der Uneinigkeit bieten. Und auch wenn man einig wäre, würden immer nur einseitige Gutachten zustande kommen.

Dagegen könnte die Regierung die Beschlüsse der paritätischen Arbeitskammer immer respektieren als den Ausdruck des Willens beider Parteien. Schon der Umstand, daß für reine Arbeiterkammern auch die scharfmacherische Arbeitgeberzeitung eintritt, muß uns stutzig machen. Dieses Blatt fürchtet eben, daß die paritätische Arbeitskammer für Fortschritte in der sozialpolitischen Gesetzgebung mit viel größerem Nachdruck und Erfolg eintreten werde, wie eine reine Arbeiterkammer. Es fürchtet, es könne in der Arbeitskammer einseitige Unternehmer geben — und das wird ja auch der Fall sein —, die sich von den Scharfmachern nicht ins Schlepplau nehmen lassen. Wenn wir paritätische Arbeitskammern verlangen, dann thun wir das auf Grund unserer praktischen Erfahrungen im Gewerkschaftsleben, und wir müssen daher an dem Beschluß des Frankfurter Arbeiterkongresses strikte festhalten. Die Regierung sollte aber auch endlich Ernst machen. Die Erbitterung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist leider in den letzten Jahren so gestiegen, daß es unbegreiflich ist, daß die Regierung die Dinge so weitergehen läßt, ohne eine solche Initiation des Friedens zu schaffen.

Was sodann den gesetzlichen

zehnstündigen Maximalarbeits-tag

für alle Arbeiter und Arbeiterinnen angeht, so ist das eine Forderung, mit deren Erfüllung nur gesetzlich festgelegt würde, was die Gewerkschaften seit Jahr und Tag unter bitteren Opfern erstreben und teilweise schon erreicht haben. Deshalb wäre eine gesetzliche Festlegung schon deshalb notwendig, um einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Redner legt dann die Gründe für die Arbeitszeitverkürzung dar und betont: Je mehr die Intelligenz und Leistungsfähigkeit der Arbeiter sich steigert und die technische Leistungsfähigkeit der Industrie wächst, um so eher wird die Verkürzung möglich sein. Das arbeitsstatistische Amt hat Arbeitszeiten von 10 bis 18 Stunden festgestellt. Hier ist also der Punkt gegeben, wo die Gesetzgebung festlegen muß, was die Gewerkschaften schon erkämpft haben, um diese Vorteile auch denen zuzuwenden, die sie sich nicht selbst erkämpfen können.

Redner streift endlich noch die internationalen Arbeiterschutzbestrebungen, den Frankfurter Wohnungskongress, die Konsumvereinsbestrebungen und schließt mit den Worten: Was bereits geschaffen worden ist, wollen wir gern anerkennen in der Ueberzeugung, daß ein Stillstand nicht eintreten kann und darf. Auf die Durchsetzung der angeführten drei Hauptforderungen wollen wir aber vor allem unsere Aktion richten. Wir müssen uns deshalb mehr mit diesen Fragen beschäftigen und in die Gesetzgebung eindringen suchen. Wir müssen aber auch dahin streben, daß die künftige Gesetzgebung für die Arbeiter auch mehr wie bisher unter Mitwirkung von Arbeitervertretern gemacht wird. Die gewerkschaftliche Bewegung ist die beste Vorstufe, um geeignete Vertreter für die Parlamente heranzubilden. Die organisierte Arbeiterschaft muß das treibende Element sein, welches die Gesetzgebung zu weiteren Fortschritten drängt. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Redner verlas hierauf folgende

Resolution:

„Die heute im Kolosseum tagende, vom Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufene, sehr stark besuchte Versammlung spricht unter vollster Anerkennung des bisher auf dem Gebiete gesetzlicher Sozialreform Geschaffenen ihre Ansicht dahin aus, daß kein Stillstand in der gesetzlichen Sozialreform eintreten darf. Sie erwartet vielmehr von den gesetzgebenden Körperschaften eine lebhaftere Initiative ganz besonders in den Fragen, welche bereits durch die wiederholten Verhandlungen im Reichstage und auf Grund des beigebrachten Materials als zu einer gesetzgeberischen Aktion reif erscheinen. Als nächste und dringendste Forderung an die Gesetzgebung erkennt die Versammlung:

1. Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes und Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine unter Wahrung ihrer vollen Bewegungsfreiheit; Beseitigung der die wirtschaftliche Freiheit und das Vereinigungsrecht einschränkenden Bestimmungen für die Landarbeiter in der einzelstaatlichen Gesetzgebung.
2. Errichtung von Arbeitskammern und Ausbau des arbeitsstatistischen Amtes zu einem Reichsarbeitsamt.

Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß für die Errichtung der Arbeitskammern trotz der wiederholten Anträge und Anregungen im Reichstage die Reichsregierung noch immer keine Schritte für Verwirklichung dieser für das soziale Wohl der Arbeiterklasse und den sozialen Frieden so hochwichtige Institution gethan hat. Sie spricht die Hoffnung aus, daß die der deutschen Arbeiterschaft in den Februar-Erlassen Sr. Majestät des Kaisers im Jahre 1890 in Aussicht gestellten Arbeitskammern baldmöglichst eingerichtet werden.

3. Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitstages von zehn Stunden für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

4. Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung, voreerst der Invaliden- und Krankenversicherung, unter vollster Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter.

5. Einbeziehung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Landarbeiter und des Gesindes in die Krankenversicherung.

Die Versammlung ersucht alle auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter für diese Forderungen Propaganda zu machen und sie ihren Vertretern im Reichstage zu unterbreiten.

Bemerkt sei noch, daß zu der Versammlung auch der Reichstagsabgeordnete für Köln, Herr Justizrat Trimborn erschienen war, der seine volle Unterstützung zu den Forderungen im Reichstag versicherte. Seine Ausführungen endeten:

Arbeiten Sie so weiter, wie bisher, damit unterstützen Sie unsere Arbeit im Reichstag am besten. Das allererste, was Sie thun müssen, ist natürlich, daß Sie sich organisieren. Der beste Bundesgenosse für uns ist der organisierte Arbeiter. Darum rufe ich Ihnen zu als ein Echo aus dem Reichstage:

Christliche Arbeiter, organisiert euch bis auf den letzten Mann!

Kundschau.

Die Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform fand am 14. Oktober in Mainz statt. Gegenwärtig zählt die Gesellschaft 1330 Mitglieder, darunter 137 korporative mit einer Gesamtmitgliederszahl von 750 000 organisierten Arbeitern. Als wichtigste Punkte standen die Fragen betreffend die Errichtung von Arbeitskammern und die Konsumvereinsbewegung auf der Tagesordnung. Ueber die Arbeitskammern referierten Privatdozent Dr. Harns und Gewerberichter Dr. von Schulz, Berlin. Beide Redner traten für Arbeitskammern im Gegensatz zu Arbeiterkammern ein. Dr. Harns denkt sich die Organisation wie folgt:

1. Die Arbeitskammern werden nur für die Industrie gebildet. Die Landwirtschaft scheidet vorläufig aus.

2. In allen Industriezweigen werden (nicht zu große) Bezirke abgegrenzt, für welche eine Arbeitskammer zu errichten ist. Jede Kammer besteht aus so vielen Abteilungen als Gruppen von verwandten Gewerben vorhanden sind. Die Mitglieder der einzelnen Abteilungen — bezw. deren Vertreter — bilden die eigentliche Kammer.

Die Abteilung besteht aus 5 Arbeitgebern und 5 Arbeitnehmern. Die Mitgliederzahl der Kammer soll 40 nicht übersteigen.

Aktives und passives Wahlrecht zu den Abteilungen haben alle Unternehmer und Arbeiter, welche in einem gewerblichen Betriebe thätig sind, der mehr als 10 Arbeiter beschäftigt. Außerdem ist für das aktive Wahlrecht ein Lebensalter von 25 Jahren, für das passive ein solches von 30 Jahren erforderlich. Das aktive und passive Wahlrecht (mindestens das aktive) ist auch den Frauen einzuräumen. Die Wahl selbst geschieht auf Grund des Proportionalsystems. Die Einzelheiten der Wahl sind geschlechtlich festzulegen.

Der Vorsitz in der Abteilung übernimmt abwechselnd — je für ein halbes Jahr — ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Vorsitz der Kammer ist einem (volkswirtschaftlich gebildeten) höheren Beamten derjenigen Gemeinde zu übertragen, in welcher die Kammer ihren Sitz hat.

3. Alle Arbeitskammern eines Landes ressortieren einem für jeden Bundesstaat (event. für mehrere gemeinsam) zu errichtenden Landes-Arbeitsamt. Vorsitzender und Angestellte dieses Amtes sind Staatsbeamte.

4. Als Spitze der Gesamtorganisation wird ein dem Staatssekretär des Innern zu unterstellendes Reichs-Arbeitsamt gebildet, dessen Beamte Reichsbeamte sind.

5. Die Kosten der Organisation trägt das Reich. Die Sammelaktivitäten sind von den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Die Diszussion Köln, ebenso die Redner der Hirsch-Duncker'schen Richtung, vertraten den Standpunkt der reinen Arbeiterkammern, wozugegen die Kollegen Giesberts, Behrens, Schlad, Schiffer für Arbeitskammern eintraten. Ebenso befürwortete Prof. Dr. Hise die Arbeitskammern. Früher sei er für Arbeiterkammern eingetreten, weil er befürchtet habe, die Arbeiter würden nicht genügend geschult sein, um mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Das letztere treffe allerdings heute nicht mehr zu und er sei deshalb schon seit 1893 als Redner seiner Partei für paritätische Arbeitskammern eingetreten. Der Lauf der Dinge werde der sein, daß vorläufig die Gewerbegerichte zu Arbeitskammern ausgebaut würden und diesbezüglich sei die Erklärung des Staatssekretärs Posadowsky, der nach dieser Richtung hin die Initiative der Regierung in Aussicht gestellt hat, sehr wertvoll. Aus der Diszussion ging hervor, daß die übergroße Mehrheit für

Arbeitskammern ist. Denselben Standpunkt hat bekanntlich auch der Frankfurter Arbeiterkongress vertreten.

Ueber die Konsumvereinsbewegung referierte Dr. Niehn, München. Er weist auf die Berechtigung dieser Bewegung hin, insbesondere insofern, als die Konsumvereine dem wirtschaftlich schwächsten Teil der Bevölkerung, dem Arbeiterstand zu gute kommt. Gegen eine Einbeziehung der Konsumvereine durch die Händler oder durch die Regierung müsse entschieden Front gemacht werden. Nach Erlebigung dieses Gegenstandes war die Tagesordnung erschöpft. Ueber die Verhandlungen wird ein Protokoll erscheinen. Es ist nur zu wünschen, daß es der Gesellschaft mehr und mehr gelingt, das sozialpolitische Verständnis in die sogenannten besseren Kreise zu tragen. Wo soziales Verständnis vorhanden ist, da lassen sich auch leichter die Interessengegenstände ausgleichen. Die Thätigkeit der Gesellschaft können die Arbeiter nur begrüßen.

Krankenkassen-Wahlen. In Dortmund fand infolge eines Protestes der „Genossen“ eine Neuwahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse für den 5. Bezirk statt. Die Kandidaten der christl. Gewerkschaften siegten mit 178 gegen 135 Stimmen. — In Pforzheim siegten bei der Vertreterwahl zur Krankenkasse der Bauhandwerker ebenfalls die Kandidaten der christl. Gewerkschaften mit großer Majorität. Früher waren nur Sozialdemokraten als Arbeitervertreter gewählt.

„Der Terrorismus ist berechtigt!“ Daß dieses offen gepredigt wird, dürfte wohl selten vorkommen. Durchließ doch noch vor einiger Zeit die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse eine Notiz mit dem Stichwort: „Wie nicht agitiert werden soll“, indem der Terrorismus auf das entschiedenste verurteilt wurde. Wir christlichen Gewerkschaftler wissen jedoch, daß diese theoretischen Darlegungen von der Masse der „freien“ Gewerkschaftler gänzlich beachtet werden. Die Erziehungsmethode in den „freien“ Gewerkschaften ist eben nicht danach angethan, vom Terrorismus abzuhalten. Alle Warnungen der Presse werden aus diesem Grunde wohl so ziemlich erfolglos bleiben. Wenn aber erst die Presse gar für die Berechtigung des Terrorismus eintritt, wie es jüngst der soj. Karlsruher „Volksfreund“ that, dann dürften wir eine weitere Verrohung der Kämpfe, welche die Arbeiterklasse unter sich zu führen leider gezwungen ist, von sozialdemokratischer Seite zu erwarten haben. Das genannte Blatt schreibt in Nr. 201:

„Der Terrorismus der organisierten Arbeiter ist berechtigt und thut nur denen wehe, welche sich an den Interessen der Arbeiterschaft verstoßen.“

Offen gestanden: Mag auch der Terrorismus der „freien“ Gewerkschaften manchem christlichen Arbeiter, der die Interessen seines Standes mit Vernunft vertritt, persönlich wehe gethan haben; unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung hat bisher jeder Terrorismusfall nur Nutzen gebracht. Wenn aber wehe gethan wird, das ist Recht und Gerechtigkeit, ohne die wir die Interessen unseres Standes nicht wahrnehmen können. Dieses müßte denn doch auch den „allein vernünftigen“ sozialdemokratischen Gewerkschaftlern einleuchten. Aber mit Vernunftgründen zu operieren, sind diese Leute ja nicht gewöhnt.

Gewerkschaftliches.

Die preussischen Bischöfe für die christlichen Gewerkschaften. Es war zwar längst bekannt, daß die weitestgehende Mehrheit der deutschen Bischöfe auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften standen. Nichtsdestoweniger suchten die Berliner Agitatoren für „kath. Fachabteilungen“ bei jedweder Gelegenheit den preussischen Episkopat gegen die christlichen Gewerkschaften auszuspielen. Dießem Manöver hat am Sonntag den 13. November Herr Kardinal Fischer, Köln, ein Ende gemacht. Die katholischen Arbeitervereine des Köln-Mülheimer Bezirkes hielten an diesem Tage in der Kölner Bürgergesellschaft eine sehr stark besuchte Bezirksversammlung ab, der auch Herr Kardinal Fischer betwohnte, und in welcher die Herren Arbeiterssekretäre Schlad, Köln und Giesberts, M.-Glabbach in ihren Reden einen breiten Raum den christlichen Gewerkschaften widmeten. Sodann führte Herr Kardinal Fischer, auf die christlichen Gewerkschaften bezugnehmend, das folgende aus:

„Es sind soeben die christlichen Gewerkschaften genannt worden. Ich benutze gern die Gelegenheit, hier zu erklären, daß der preussische Episkopat den christlichen Gewerkschaften wohlwollend gegenüber steht. (Stürmischer, anhaltender Beifall). Ich darf dieses namentlich mit aller Entschiedenheit von mir sagen. Ich freue mich, daß die christlichen Gewerkschaften hier in der Erdbühne immer mehr sich ausbreiten und gedeihen. Ich wünsche auch von ihnen wie von den Arbeitervereinen, daß sie noch mehr sich ausdehnen und gedeihen; viel mehr Mitglieder müssen sie zählen, damit sie den großen Aufgaben gewachsen sind.“ (Beifall).

Welchen Schwundel werden wohl jetzt die „Berliner“ ausklügeln, um ihren Getreuen die katholische Fachabteilungspläne schmachhaft zu machen.

Der Verband christlicher Bauhandwerker hat in diesem Jahre einen außerordentlichen Aufschwung ge-

nommen. Die Mitgliederzahl ist in etwas mehr als Jahresfrist von 4000 auf über 16000 gestiegen. Das Verbandsorgan hat zur Zeit eine Auflage von 22 000. Auch die Kassenverhältnisse des Verbandes haben sich, wie aus der soeben veröffentlichten Abrechnung für das erste Halbjahr 1904 hervorgeht, erheblich gebessert. Während im Jahre 1903 in den Verwaltungsstellen eine Einnahme von rund 72 000 Mark zu verzeichnen war, ist in diesem Jahre ungefähr dieselbe Summe innerhalb 6 Monate eingegangen. Die Einnahmen werden sich also in diesem Jahre mehr wie verdoppeln. Von den Ausgaben entfällt der größte Teil und zwar 22 000 Mk. auf das Konto Streitunterstützung. Diese Zahl beweist mehr wie alles andere das ernsthafte Bestreben des Verbandes, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen thätig zu sein. Keine einzige Organisationsrichtung, weder die sozialdemokratische noch die Hirsch-Duncker'sche, haben in ihren Jugendjahren das für die Arbeiter geleistet, was die christlichen Verbände leisten. Das zeigt uns auch insbesondere die bisherige Thätigkeit des Verbandes christlicher Bauhandwerker.

Eine Massendemonstration für den Zehnstundentag veranstalteten kürzlich die Textilarbeiter Augsburgs. Ueber 2000 Textilarbeiter waren in der Versammlung, die von allen drei Organisationsrichtungen einberufen war, anwesend. Vom christlichen Textilarbeiterverband sprach Schiffer, Düsseldorf. Derselbe betonte die Notwendigkeit der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages. Diese Notwendigkeit ergebe sich besonders aus Gesundheitsrückichten. In den letzten drei Jahren starben allein von den Verbandsmitgliedern 48% an der Schwindsucht. Die Gesundheit bilde aber das einzige Kapital des Arbeiters. Auch das Familienleben fordere eine Verkürzung der Arbeitszeit. 45% aller Textilarbeiter sind weibliche Arbeiter. Sehr interessant waren des Redners Angaben über Arbeitszeit und Arbeitslohn der Textilarbeiter in den verschiedenen Ländern. Danach verdient ein Textilarbeiter in Süddeutschland bei elfstündiger Arbeitszeit jährlich um 123 Mark weniger als sein Kollege in Rheinland oder Westfalen bei zehnstündiger Arbeitszeit. In England verdienen die Arbeiter in der Textilbranche doppelt und dreifach so viel, wie die in Süddeutschland. Redner faßte sodann die Aufgaben für die Zukunft ins Auge. Da die Einführung des Zehnstundentages eine Frage von allgemeiner Bedeutung ist, sei die beste Lösung dieser Frage die gesetzliche. Im Reichstage sei auch eine Mehrheit für den gesetzlichen Zehnstundentag zu haben. Die Textilarbeiter sollten daher von neuem eine diesbezügliche Petition an Reichstag und Bundesregierung richten und während der Wintermonate an allen Textilplätzen große Massendemonstrationen veranstalten. Daneben müsse man auf den Ausbau der Organisationen wohl Bedacht nehmen. Die größten Gegner innerhalb der Arbeiterschaft seien die Unorganisierten. Darum nachhaltige, lebhafteste Agitation! — Sämtliche Redner befechtigten sich, die Gegensätze innerhalb der verschiedenen Organisationen beiseite zu lassen und nur die Punkte, in denen alle einig sind, hervorzuheben. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, in welcher gegen die Haltung des Arbeitgeberverbandes protestiert, sowie der Beitritt zu den Berufsorganisationen empfohlen und ein weiteres energisches Vorgehen in der Sache des Zehnstundentages beschlossen wird.

Die erste Generalversammlung des Keramikarbeiterverbandes tagte am 31. Oktober in Frankfurt am Main. Anwesend waren 16 Delegierte. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes bemerkenswert:

Der Verband trat am 1. Januar 1903 ins Leben. Zunächst waren es die bisher schon bestehenden Lokalverbände der Oberpfälzer und Stolberger Glasarbeiter mit den Prälaten Fritsch und Oßernburg und der Hofnersektion München, welche den Kern des Verbandes bildeten mit 417 Mitgliedern. Durch die rührige Thätigkeit sowohl der Verbandsleitung als auch der Zahlstellenvorstände, wurden insgesamt 20 Ortsgruppen errichtet, von welchen 3 wieder eingegangen sind. Die Ursache der Auflösung war, daß geeignete Kräfte zur Leitung am Orte fehlten. Auch die Fluktuation war eine ziemlich große. So hatte der Verband bei einem Mitgliederzugang von 1170 einen Mitgliederverlust von 551 und zwar durch Tod 11 Mitglieder, durch Wegzug 152 Mitglieder, durch Austritt 337 und durch Ausschluß 51 Mitglieder, so daß also 50% der Mitglieder dem Verbandsverbande wieder verloren gingen. Der gegenwärtige Mitgliederstand beträgt 1036.

In der Oberpfalz, wo bei der Gründung des Verbandes der Hauptstamm der Mitglieder vorhanden war, hat sich die Zahl stark vermindert. Die dortigen Kollegen sind unter äußerst traurigen Verhältnissen beschäftigt. Es besteht weder eine geregelte Arbeitszeit, noch regelmäßige Lohnzahlungspresiden. Oft wird der Lohn erst nach 12 bis 18 Wochen ausgehändigt. Dann arbeiten die Kollegen meistens in Kleinbetrieben, die sehr zerstreut sind und ist dieser Umstand der Agitation sehr ungünstig. Die Lohnverhältnisse werden von den zugezogenen ausländischen Arbeitern noch sehr gedrückt.

An Lohnbewegungen war der Verband beteiligt in 11 Fällen und zwar größtenteils in Zurückweisungen von Lohnreduzierungen und an Tarifverbesserungen und zwar in 6 Fällen mit vollem Erfolg, 2 Fällen teilweisem Erfolg, ein Fall ohne Erfolg, während in zwei Fällen sogar eine bedeutende Verbesserung der Lohnverhältnisse erreicht wurde. Maßnahmen von Mitgliedern haben zwei statgefunden, dieselben wurden teils unterstützt, teils in anderen Betrieben untergebracht. Gemäßung von Reichsbescheid zur Durchführung gerichtlicher Klage, wegen Nichtlieferung von Holz.

glas und dadurch verursachten Verdiensten, erfolgte in drei Fällen; sämtliche in der Oberpfalz. Die Intervention der Gewerbeaufsichtsbeamten zur Abstellung von Mißständen wurde zweimal veranlaßt und dieselben auf dem Disziplinarwege erledigt. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts wurde zur Regelung einer strittigen Tarif-Angelegenheit mit Erfolg angerufen. Ebenso wurde durch den Verband eine Intervention betreffend die schlechten Verhältnisse der Glasarbeiter in der Oberpfalz im bayerischen Landtag herbeigeführt und durch den Abgeordneten Schirmer eingebracht mit dem Ergebnis, daß im Jahre 1906 statistische Erhebungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der bayr. Glasarbeiter vorgenommen werden. Die Einnahmen des Verbandes betragen 7946,83 Mk., die Ausgaben 6228,94 Mk., so daß ein Kassenbestand bei der Hauptkasse von 1777,69 Mk. verbleibt.

Mit Rücksicht auf die miserablen Verhältnisse mancher Mitglieder, besonders derjenigen in der Oberpfalz beschloß die Generalversammlung die Einführung eines Staffelbeitrages nach folgenden Sätzen:

Bei einem Tagelohn von unter 2 Mark 15 Pfg. pro Woche
 " " " " 2 bis 3 " 20 " " "
 " " " " über 3 " 25 " " "

Bei der Beitragshebung wird nicht der Verdienst jedes einzelnen Arbeiters, sondern der Durchschnittsverdienst der Kollegen eines Ortes bzw. Bezirkes zu Grunde gelegt. Ferner gibt der Verband unter dem Titel: „Der deutsche Keramikarbeiter“ am 1. Januar 1905 ein eigenes Organ heraus. Der Sitz des Verbandes wird zu demselben Zeitpunkt nach Köln gelegt. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Alois Vechner, der mit dem 1. Januar freigestellt wird, wiedergewählt.

Eine Konferenz der Ortskartelle von Rheinland und Westfalen fand am 29. Oktober in Essen statt. Betretene waren die Ortskartelle Aachen, Bochum, Borbeck, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Hilden, Herlohn, Köln, Pöppstadt, Mülheim (Rhein), M. Glabbach, Münster, Rees, Rheindt, Stolberg, Werden, Witten mit insgesamt 65 Delegierten. Als Beratungsgegenstände der Konferenz waren 1) die Aufgaben der Ortskartelle, 2) Agitation und Taktik, aufgestellt. Als Referent über das erste Thema sprach Sekretär Guttsche-Essen (Mitglied des evangelischen Arbeiter-Vereins). Seine einstündigen Darlegungen faßte er in nachfolgender Resolution zusammen:

- Resolution.
1. Die heutige Konferenz der Ortskartelle christlicher Gewerkschaften Rheinlands und Westfalens erklärt den Anschluß aller Zahlstellen und Ortsgruppen an das Ortskartell ihres Bezirkes als zwingende Notwendigkeit. Überall da, wo möglich, sind neue Ortskartelle zu gründen.
 2. Die Ortskartelle haben eine, in nachfolgenden Bestimmungen festgelegte zielbewusste Tätigkeit zu entfalten:
 1. Planmäßige Agitation, Neugründung von Zahlstellen, Stärkung der numerisch schwachen Zahlstellen.
 2. Taktische und organisatorische Maßnahmen bei Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen.
 3. Organisation des Arbeitsnachweises und des Herbergswezens.
 4. Die geistige Hebung der christlich organisierten Arbeiterklasse durch soziale Unterrichtskurse und Volksbildungsabende. Abschaffung der einzelnen Feste.
 5. Statistische Erhebungen.
 6. Beteiligung an allen sozialen Wahlen. (Gewerbegericht, Krankenkassen, Stellenauschüsse etc.)
 7. Gründung von Ausschüssen für soziale Angelegenheiten.
 8. Regelung des Genossenschaftswesens.

Das Referat über Agitation und Taktik wurde von Klotz erstattet. Die Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften lasse jedes Mittel recht erscheinen, wenn es nur Erfolge verspreche. Im letzten Jahre wurde im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet besonders in konfessioneller Hege gearbeitet. Die Streiks und Lohnbewegungen des letzten Jahres, wo ein Zusammengehen notwendig war, haben ebenfalls gezeigt, daß man auf sozialdemokratischer Seite mit unehelichen Mittel kämpfe. Das müßte bei der Taktik erwogen werden. Eine Resolution, welche eine einheitliche Taktik in den beregten Fragen fordert, wurde einstimmig angenommen. In der Diskussion, an der sich 13 Delegierte von auswärts beteiligten, wurde besonders betont, daß die Taktik der Genossen dahin gehe, die Erfolge der christlichen Organisationen in Gegenden, wo die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht in betracht kämen, herabzuwürdigen und durch unwahre Behauptungen, die die Kunde durch die gesamten sozialdemokratischen Zeitungen machen, in das Gegenteil zu verwandeln suchen. In einer weiteren Resolution werden die Ortskartelle aufgefordert, sich mehr Einfluß auf die Lokalpresse zu verschaffen und in derselben geeignete Artikel und Notizen zur Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu veröffentlichen.

Lohnbewegung

Zugung ist fern zu halten von Schreibern nach Berlin, — Alteneßen (Firma Industrie für Holzverwertung).

Bekanntmachung.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 8. Wochenbeitrag für das 4. Quartal fällig ist. Wer für die Zeit nach dem 9. Oktober keine Beiträge mehr entrichtet hat, verliert mit Ablauf dieser Woche das Anrecht auf die Unterstützungseintrichtungen.

Die Zahlstellen Friedrichshafen und Ravensburg erhalten die Genehmigung, einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. die Woche zu erheben.

Aus den Zahlstellen.

Aachen. Konsequenz ist Dummheit, hat jedenfalls Herr August Hartung, Gauleiter des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, gedacht, als er die letzten Gauberichte schrieb. So schrieb Hartung in Nummer 35 der Holzarbeiterzeitung:

Die Kollegen in Aachen inszenierten eine Bewegung auf Abschaffung des Werkzeugstellens seitens der Gesellen in den Bauwerkstätten, mit dem Erfolg, daß in 21 Werkstätten mit 140 Kollegen nunmehr das Werkzeug von den Arbeitgebern gestellt wird. Ob dieser eigentlich selbstverständlichen Forderung mußten trotzdem zwölf Kollegen in einem Betriebe noch zwei Tage streiken.

Als nun unser Organ darauf hinwies, daß die Zahlstellen des christlichen Verbandes die Bewegung inszenierten und auch unsere Kollegen hauptsächlich in Betracht kamen, schrieb derselbe Herr Hartung in Nr. 45 der Holzarbeiterzeitung:

Auch mit der Lohnbewegung in Aachen brüsst sich der „Christliche Holzarbeiter“. Dort haben die Christlichen allerdings einmal ihre Tapferkeit bewiesen durch die Forderung: Stellung des Werkzeuges seitens der Arbeitgeber. Die unendlich viel zu wünschen übrig lassenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte existieren für die Christlichen nicht, oder richtiger, die Trauben hängen ihnen etwas zu hoch, es hätte dabei zum Platten-auszahlen (?) kommen können; in dieser Beziehung aber sind die Herren sehr spröde und sparsam.

Ist das nicht die reinste Schuljungen-Taktik? Erst in Nummer 35 schreibt Herr Hartung über die Bewegung in Aachen so, daß der Leser glauben mußte, die Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes sei die Seele der Bewegung, und nachdem unser Organ dieses richtig gestellt, folgt das einfältige Geschreibsel in Nummer 45 der Holzarbeiterzeitung. Daß in Aachen die Arbeitsverhältnisse sehr bedauerlich sind, haben wir längst, auch statistisch, festgestellt. Was aber hat denn an der Abstellung dieser Mißstände bisher die 80—90 Mitglieder stark sein sollende Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes in Aachen getan? Fehlen die Platten oder hängen die Trauben zu hoch? Unsere Mitglieder haben über diese Stelle des Berichtes, den Hartung in der Holzarbeiterzeitung verbroschen, herzlich gelacht. Unsere Mitglieder wissen, daß der Verband überall, wo er auf Grund der Organisationsverhältnisse eingreifen kann, dieses auch thut. Und daß dann die nötigen Platten nicht fehlen, wissen alle, welche schon eine Bewegung mitgemacht haben. Hat vielleicht schon eine christliche Organisation ihre Streikenden so schlecht unterstützt, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband die Kämpfer von Krümmelschau? Allerdings hat auch noch kein christlicher Verband 80000 Meter an einem Streik verdient und dann 12 Delegierten zu einem internationalen Kongreß nach dem fernen, schönen Mailand geschickt; dazu fehlen uns allerdings die Platten, die verwenden wir besser. Sodals für jetzt auf die Hartung'schen Räuberpistolen. Bei Gelegenheit, wenn Herr Hartung noch einmal in Aachen referieren sollte, mündlich mehr.

Durkscheid. Immer zielbewußt und sicher vorwärts! Das ist bisher unsere Parole gewesen und wird es auch in Zukunft bleiben. Wenn es auch nach außen hin den Anschein hat, als wenn wir hier an der Westgrenze unseres Verbandes wie ein einsames Mauereblümchen dahin lebten, so zeigt doch unsere Mitgliederzahl, die sich in kurzer Zeit verdoppelt hat, daß es an innerem Leben nicht fehlt. Große öffentliche Versammlungen haben wir zwar wenig, da wir mit unserer intensiven Kleinarbeit viel mehr erreichen. Zudem haben wir unsere größere und ältere Schwester, die Aachener Zahlstelle, nahe bei uns, welche von Zeit zu Zeit für größere Versammlungen sorgt und uns alldam gerne bei sich zieht. Trotz unserer Fortschritte wäre es verfehlt, wollten wir nicht daran Kritik üben, woran es nötig ist: die mangelhaft besuchten Mitgliederversammlungen. Manchen Kollegen ist zum Besuch der Versammlungen der Sommer zu heiß und der Winter zu kalt; sie haben bald diese, bald jene Ausrede! In diesem Punkte muß es also noch besser werden. Wie die Truppen nach einem Gefecht sich erst wieder sammeln und stärken, um eventuell zu einer Schlacht vorbereitet zu sein, so müssen auch wir es im wirtschaftlichen Leben machen. Sorge daher jeder Kollege dafür, daß die Referenten, die noch nicht organisierten Kollegen, herangezogen werden. Sehr erfreulich ist es für uns, daß in letzter Zeit auch verschiedene Kollegen aus Holland, welche in hiesigen Betrieben beschäftigt sind, sich unserem Verbands angeschloffen haben. Es würde uns unjomehr freuen, wenn diese Kollegen jetzt bei ihren Sandalcuten, soweit dieselben im Aachener Bezirk beschäftigt sind, tüchtig für unseren Verband werden würden. Die letzte Versammlung am 16./10., wo auf der Tagesordnung „Ergänzungswahl des zweiten Vorsitzenden und Wahl eines Parteidelegierten“ stand, war nach langer Zeit wieder ziemlich gut besucht. Summehin waren noch sehr viele Mitglieder nicht anwesend. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Kollege Baß und zum Kartelldelegierten Kollege Ginters gewählt. Schreier hielt hierauf einen Vortrag über „Die Lage der Arbeiter im allgemeinen, und der Holzarbeiter im besondern“. Der Vortrag zeigte uns, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter vielfach nicht den Kulturfortschritten entspricht. Für uns gilt es, durch eine kräftige Agitation im hiesigen Bezirk die Kollegen zu gewinnen, damit die vielen unwürdigen Zustände beseitigt werden können. Die nächste Versammlung ist am 20. Nov.; Kollege Schmitz (Aachen) wird einen Vortrag halten; kein Mitglied darf fehlen!

Qualenbrück. Um nicht den Anschein zu erwecken, als wären wir wirklich auf den „toten Punkt“ angekommen, wollen wir einmal wieder ein Lebenszeichen von uns geben. Unsere Versammlungen sind stets vollständig besucht, und können wir überhaupt in letzter Zeit eine rege Beteiligung sämtlicher Mitglieder am Verbandsleben beobachten. In

unserer vorletzten Versammlung hielt Kollege Sangmeister einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Pflichten eines christlichen Gewerkschaftlers in der Jetztzeit“, und als heute vom Vorsitzenden unserer Zahlstelle der Antrag auf Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. gestellt wurde, waren sämtliche Kollegen dafür, und wurde derselbe einstimmig angenommen. Ebenfalls liegen sich in der heutigen Versammlung wieder 2 Kollegen in den Verband aufnehmen. Ob es nun daher kommt, daß unsere schon oft totesagte Zahlstelle sich immer noch als lebensfähig erweist, oder ob es die Fortschritte sind, welche die christliche Gewerkschaftsbewegung in der Umgegend macht, das ist wohl schwer zu sagen. Thatsache ist es aber, daß in letzter Zeit die Köpfe einiger „Genossen“ arg verwirrt sind. Scheint es doch, als ob dieselben glauben, wenn unsere Kollegen in die Umgegend gehen, um für unsere Sache zu agitieren, so müßten sich dieselben von den „Freien“ erst einen Erlaubnisschein holen. Wie kann man sonst solche lächerliche Bemerkungen machen. Unsere Kollegen werden sich dadurch aber erst recht angetrieben fühlen, zu thun, was sie als ihre Pflicht erachten. Diese besteht mit in erster Linie in unermüdlicher Arbeit für die Stärkung und weitere Ausbreitung unseres Verbandes. Wir rechnen dabei nicht auf die Anerkennung von Seiten der Genossen, denn wir wissen sehr wohl, wenn die mit uns zufrieden sind, würden wir unsere Pflicht vernachlässigen. Nur so weiter gearbeitet, Kollegen, dann wird es auch bei uns vorwärts gehen trotz alledem.

Breslau. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Herr Bureauvorsteher Binkowski ein Referat über das Thema: „Welche Anforderungen muß der Arbeiter an eine seine Interessen vertretende Zeitung stellen“. Der Redner forderte vor allem Unabhängigkeit. Vielfach stehe die Zeitung einer Zeitung unter dem Einfluß des Geldsacks und der Mitle. Zweitens müsse eine Arbeiterzeitung billig sein. Diese Anforderung erfülle wohl zumeist die farblose Presse, deren Inhalt erzeuge jedoch Gleichgültigkeit und Charakterlosigkeit. Weiter müsse der Inhalt einer Zeitung sittlich rein und edel sein. Redner kennzeichnete jene Art liberaler Presse, deren Hauptaufgabe es scheine, ihre Spalten möglichst mit den schlüpfrigsten Sensationsberichten zu füllen und welche damit geistige Brunnenvergiftung im Großen betreibe. Auf diese Bestüre passe das Wort des Dichters Heine:

Selten habt ihr mich verstanden,
 Selten auch verstand ich euch,
 Doch wenn wir im Not uns fanden,
 Da verstanden wir uns gleich.

Ein tadelnswertes Gepflogenheit, besonders der sozialdemokratischen Presse, sei es, an sich bedauerliche Vorfälle unter einer gehässigen Spitzmarke zu bringen, aufzubaufen und zur Schürung des Massenhasse zu benutzen. Der Referent trat alsdann für möglichste Unterstützung der im christlichem und nationalem Sinne geschriebenen Zeitungen ein. An den interessanten Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion.

Saapheim. Am Sonntag den 30. Oktober hielten wir in unserer Zahlstelle eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Bezirksvorsitzender Köblach hielt ein Referat über das Thema: Kulturfortschritt und Gewerkschaftsbewegung. Er legte dar, wie die Gewerkschaftsbewegung dem Arbeiter den Anteil an den heutigen Kulturfortschritten verschafft. Dazu gebrauchte selbstverständlich eine Gewerkschaft selbstbewußte und opferfreudige Mitglieder. Im Anschluß an das Referat gelangte ein Antrag auf Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. zur Abstimmung. Von 33 anwesenden Kollegen stimmten 24 für 5 Pfg., 7 für 10 Pfg. und 2 mit nein, somit wurde der Lokalbeitrag von 5 Pfg. angenommen. Es wurden dann 4 Kollegen zum Betreiben einer Hausagitation bestimmt. Ferner wurde beschlossen, einen Unterrichtskursus einzuführen. Kollegen! wir wollen diesen Winter nun kräftig arbeiten; thue jeder seine Pflicht, dann können wir um so eher an die Verbesserung der hiesigen Verhältnisse herantreten. Ueber letztere werden wir demnächst berichten.

Goch, den 30. Okt. Heute fand im Lokale des Herrn Willemsen eine zahlreich besuchte christl. Gewerkschaftsversammlung statt. Als Referent war Kollege Vieten aus Urdenbach erschienen. Derselbe führte den Kollegen in etwa einstündiger Rede die Entwicklung der Industrie und die Entstehung des Lohnarbeiterstandes vor Augen. Während es früher dem Arbeiter im allgemeinen noch möglich war, selbständig zu werden, so ist diese Aussicht auf der einstige Selbstständigkeit immer geringer geworden. So haben wir denn heute auf der einen Seite das Grosskapital, den Grossunternehmer, auf der andern Seite aber ein Heer von besitzlosen Lohnarbeitern. Die menschliche Arbeitskraft ist zur Ware geworden und der Verkauf dieser Ware wird nach Angebot und Nachfrage geregelt. Ist die Geschäftslage eine gute, dann wird drauf los produziert, es werden Ueberstunden gemacht, ohne dass der Lohn dementsprechend erhöht wird. Bei schlechter Konjunktur aber werden oft tausende Arbeiter entlassen. In solchen Zeiten muss der Arbeiter jede auch noch so schlechte Arbeit annehmen, die Not zwingt ihn dazu. Und das nennt man dann auch noch freier Arbeitsvertrag. Wie manche Arbeiterfamilie gerät durch schlechte Entlohnung oder gar lange Arbeitslosigkeit des Mannes in Not und Elend. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn so mancher Arbeiter in dumpfer Verzweiflung zur Schnapsflasche greift. Die Arbeiter haben dann auch eingesehen, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Sie schliessen sich deshalb zusammen in Gewerkschaften, um so gemeinsam die Interessen ihres Standes zu vertreten. Der Ruf: „Arbeiter organisiert Euch“ ist von England ausgegangen und auch heute noch können die Arbeiterorganisationen Englands andern Ländern als Muster dienen. Jedoch auch bei uns in Deutschland hat der Organisationsgedanke breite Schichten des Arbeiterstandes ergriffen. Während aber die englischen Gewerksvereine vollständige parteipolitische Neutralität wahren, wurden bei uns die Gewerkschaften zum Tummelplatz für parteipolitische

Bestrebungen. So stellte sich auch bei uns in Deutschland gar bald die Notwendigkeit einer wirklichen einwandfreien Arbeiterorganisation heraus. Durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften ist es nun jedem Arbeiter möglich gemacht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Leider stehen auch hier am Niederrhein noch tausende von Arbeitern der Organisation fern. Durch unermüdete Arbeit der schon organisierten müssen auch diese für uns gewonnen werden. Die christlichen Gewerkschaften haben schon vieles erreicht. An vielen Orten sind durch die Organisation Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen eingetrotzen. Die Gewerkschaften gewähren eine ganze Reihe wichtiger Unterstützungen. Sie wirken durch ihre Presse aufklärend, sowohl bei den Arbeitern, als auch in der breiteren Öffentlichkeit. Einsichtige Unternehmer haben sich dann auch schon öfters anerkennend über die Arbeiterorganisationen ausgesprochen. Wir haben keinen Grund mutlos zu sein, arbeiten wir als eifrige Gewerkschaftler unermüdet an dem Ausbau der christlichen Gewerkschaften. Reicher Beifall lohnte den Redner. Am der recht lobhaften Diskussion, in der noch ganz besonders der Erfolg der Kämpfe beleuchtet wurde, beteiligten sich die Kollegen Voigt, Woyers Janson, und Heymann. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heutige stark besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung erkennt nach den Ausführungen des Referenten die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften an. Sie verspricht mit allen erlaubten Mitteln dahin zu wirken, dass alle christlichen Arbeiter sich den Ortgruppen der christlichen Gewerkschaften anschließen“. Bis heute ist der Erfolg derjenige, dass sich fast alle in Betracht kommende Bäcker- und Pinselmacher (etwa 40) angemeldet haben. Es ist nun Sache der Kollegen, sich zu schulen und festzuhalten, denn nur Einigkeit macht stark und Ausdauer führt zum Ziele.

Düsseldorf (Zimmerer). In der letzten Versammlung erhaltete zunächst ein Kollege Bericht über eine im Hotel Merkur stattgehabte Meisterversammlung. Diefelbe habe aufs neue bewiesen, wie notwendig für die Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation sei. Hierauf fand Vorstandswahl statt. Gewählt wurden die Kollegen Franz Haarmann erster und Bernhard Höder zweiter Vorsitzender; Fritz Schlicht erster und Wilhelm Diebusch zweiter Kassierer; Karl Helm erster und Joseph Seeger zweiter Schriftführer. Die nächste Versammlung findet Dienstag den 23. November bei Schmitz, Kölnstraße 84 statt.

Nerdingen. Hier fand am 6. November eine öffentliche Versammlung statt, in der Arbeitersekretär Ulfamer referierte. Der Referent verstand es, mit seinen Ausführungen über die Arbeiterbewegung Deutschlands die Aufmerksamkeit, welche den Saal dicht besetzt hatten, bis zum Schluss zu fesseln. Einige „Genossen“ versuchten in der Diskussion ihre Weisheit an den Mann zu bringen, wurden jedoch treffend widerlegt. Mit einem Hoch auf unsere Gewerkschaftsbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Freiburg (Sattler und Tapezierer). In unserer letzten Versammlung hielt zunächst Kollege Springer ein Referat über „Englische Gewerkschaften“. Hierauf folgte eine Ergänzungswahl des Vorstandes, da der bisherige Vorsitzende aus dem Amt zu scheiden will. Gewählt wurde an seine Stelle der Kollege Springer und als Kassierer Kollege Käster. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen.

Mainz. Am Samstag den 15. Oktober referierte in einer gut besuchten christlichen Gewerkschaftsversammlung Kollege Giesberts M. Glöckner in längerem Vortrag über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Redner erinnerte an den ersten christlichen Gewerkschaftskongress vom Jahre 1899 dahier und entrollte ein Bild von dem Stand unserer Bewegung in der Gegenwart. Es sei erwünscht, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung trotz der unendlichen Schwierigkeiten vorwärts gekommen sei. Nichts Neues an sich sei die Notwendigkeit der Gewerkschaften, sondern die Entwicklung der Lohnarbeit im letzten Jahrhundert machte dieselbe zu einer naturnotwendigen Erscheinung. Redner schilderte den historischen Werdegang der Lohnarbeit und unserer Arbeiterbewegung. Über 20 Millionen Menschen leben von unserer Industrie, oder sind von ihr abhängig. Mit einem warmen Appell, jederzeit mützig und opferwillig unserer Bewegung zu dienen, schloß Kollege Giesberts seinen von lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Diskussion verlief sehr lebhaft. In unserer Mitgliederversammlung vom 22. Oktober hielt Kollege Stromowski einen sachgewandten Vortrag über das „Reizen“. Kollege Kempf, welcher auf der Durchreise hier Aufenthalt nahm, besprach den elenden Arbeitervertrag des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in Köln. Die Ratener sozialdemokratische Volkszeitung brachte dießbezüglich einen Artikel, der die Thatfachen auf den Kopf stellt. Die Kollegen von Mainz sprechen unserer Zentral- und Bezirksleitung von Köln ihre vollste Anerkennung für ihr Vorgehen bei der Lohnbewegung baselst aus, und erwidern, daß allerorts der schändliche Arbeitervertrag der „Genossen“ gehäufig gebrandmarkt wird.

Agitationsbezirk Nachen. Alle unsere Mitglieder in Nachen, sowie auch in den umliegenden Pfarzellen, welche dem 6. November angehören, mache ich hiermit auf die am Donnerstag den 24. November stattfindenden Neuwahlen von 15 Vertretern zur Generalversammlung der Kaffe aufmerksam. Die Wahl findet statt von morgens 10—11 und nachmittags von 5—9 Uhr im Paulushaus, Poststraße 56. Die Wahl ist geheim, geschieht also durch Stimmzettel. Wahlberechtigt sind alle großjährigen Kaffeemitglieder. Unsere Mitglieder bitte ich dringend, nicht nur selbst zur Wahl zu gehen, sondern auch ihre Arbeitskollegen mitzubringen. Die Wähler legitimieren sich durch eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß sie der Kaffe angehören. Kollegen! Die Wahl dieser Kantonsvertreter ist außerordentlich wichtig. Die Kaffe ist jetzt vollständig in den Händen der Sozialdemokraten. Die schändliche Arbeiterverfassung, welche den Übergang der Kaffe in die Hände der Sozialdemokraten bildet, ist in der Generalversammlung nicht vertreten. Kollegen! Seht, daß dieses jetzt anders

wird, tretet ein für die Kandidatenliste des christlichen Gewerkschaftskartells. Kollegen! Agitiert, jeder thue sein möglichstes, damit wir, ähnlich wie bei den Gewerbevereinigungen im Juni, auch bei dieser Wahl siegen.
Der Bezirksvorsitzende.

Arbeitsnachweis.

Dringend möchten wir alle Ortsverwaltungen bitten, bei der Errichtung bzw. dem Ausbau des Arbeitsnachweises die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Für die Mitglieder ist es von großem Nutzen, wenn sie schnell und gute Arbeit erhalten und für den Verband ist der Arbeitsnachweis ein vorzügliches Agitationsmittel.

Mannheim. Franz Gehrig O. 6. 2.

Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt:

- Nachen. 27. 11. 11 Uhr, Rest. Kettenis, Elschornsteinstr. 6.
- Niederrhein. 28. 11. 9 Uhr, Kaffee Kitter, Friedrichstr.
- Nürnberg. 27. 11. 10 1/2 Uhr, Wirtschaft zum guten Tropfen.
- Ortenberg. 27. 11. 11 Uhr bei Herrn Dierberg.
- Bayreuth. 28. 11. 8 1/2 Uhr bei Herrn Dierberg, Parlamentstr. 3.
- Bonn. 25. 11. 7 1/2 Uhr, Venrather Hof.
- Bonn. 26. 11. Rest. Jäger, Alpenstr. 80—81.
- Bonn. 26. 11. 9 Uhr Kathol. Vereinshaus, Josephstr. 46.
- Bonn. 26. 11. 8 1/2 Uhr bei Menze.
- Bonn. 27. 11. 11 1/2 Uhr bei Franz Döring, Ofertor.
- Bonn. 27. 11. 11 Uhr bei Wegener, Germaniaplatz.
- Clons. (Köln u. Kistmann). 20. 11. 11 1/2 Uhr bei Dr. Over.
- Castrop. 28. 11. 9 Uhr Wirtschaft, Westerbuch, Wittenerstr. 27.
- Düsseldorf. (Wagenbauer). 28. 11. 9 Uhr, im Paulushaus.
- Düsseldorf (Zimmerer). 28. 11. 11 Uhr, Schmitz, Kölnstr. 84.
- Dortmund. 28. 11. 8 1/2 Uhr bei Heinen, Amalienstr. 3.
- Düsseldorf. 26. 11. 8 1/2 Uhr, bei Bernh. Wittrod.
- Düsseldorf. 28. 11. 11 Uhr, bei Herrn Walbrun, Neustraße.
- Essen-Stuhr. 28. 11. 9 Uhr, im Alfredshaus.
- Essenfeld. 28. 11. 9 Uhr, Rest. Gertrudshaus, Altbahn.
- Friedrichshafen. 28. 11. 8 Uhr, Gasthof zum Ochsen.
- Furtwangen. 30. 11. 4 Uhr, Gasthaus zum Bad.
- Goch. 27. 11. 11 1/2 Uhr, im Lok. von Pet. Knops.
- Gewerkschaft. 28. 11. Christlicher Männerverein.
- Gießen. 27. 11. Nach dem Hochamt, 5. Wtm. Wininghoff.
- Hannover. 28. 11. 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 3.
- Hagen. 28. 11. 9 Uhr, bei Gastwirt Jos. Stihl, Poststr. 76.
- Hilfssitz. 27. 11. 11 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Karrenstr.
- Karlsruhe. 28. 11. 8 1/2 Uhr, im Wäldchen Hof, Ecke Marienstr.
- Kempten. 26. 11. 8 Uhr, Rest. Schützenbräu.
- Köln. 27. 11. 11 Uhr, zum roten Tisch.
- Köln. 27. 11. 10 Uhr, im Moferbäun.
- Köln. 28. 11. 8 Uhr, Galhaus zur Sonne.
- Mannheim. 26. 11. 8 1/2 Uhr, „Zur Margaretha“, O. 2. Nr. 19.
- Mannheim (Rühr). 27. 11. 11 Uhr, 5. Weidhof, Rathausmarkt.
- Münster (Zimmerer). 27. 11. 12 Uhr bei Pape, Clemensstr.
- Mainz. 28. 11. im katholischen Männerverein.
- München. 28. 11. 8 1/2 Uhr, im goldenen Anker.
- München (Leder). 28. 11. 8 1/2 Uhr, im Markgarten, Markt.
- Nürnberg. 28. 11. 8 Uhr, Rest. Zur Baumwolle, Adlerstr.
- Neuß. 27. 11. 10 Uhr, Rest. Müller, Rheinstraße 48.
- Reichm. 26. 11. 9 Uhr, bei Peter Sellwig, Apothekerstr.
- Radevorm. 27. 11. 11 Uhr, bei Lape, Kleiner Donaplay.
- Recklinghausen. 28. 11. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Waltenbauer, Hermerstr. 41.
- Regensburg. 27. 11. 8 Uhr, Jakobierschente.
- Stuttgart. 28. 11. 8 1/2 Uhr, zum Tisch, Einzahlung.
- Sonnenberg a. M. 27. 11. 4 Uhr, Galhaus zum Lannus.
- Straßburg. 28. 11. 8 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus.
- Sydenh. 26. 11. 8 1/2 Uhr, Galhaus „Zur neuen Post“.
- Speyer. 27. 11. 8 Uhr, In den drei Mühlen.
- St. Johann. 26. 11. 8 1/2 Uhr, Galh. Riehm, Bahnhofstr.
- Tölg. 28. 11. 7 1/2 Uhr.
- Trier. 28. 11. 8 Uhr, „Im goldenen Brunnen“ Hauptmarkt.
- Nerdingen. 27. 11. 11 Uhr, bei Witwe Haslach.
- Wiesbaden. 21. 11. 8 1/2 Uhr, im kath. Galh. Haus.
- Witten. 28. 11. 8 1/2 Uhr, „Hotel zur Stadt Witten“, Hauptstr.
- Wangen. 27. 11. 10 Uhr, im Hochenteller (Reberzimmer).
- Wetz. 22. 11. 8 1/2 Uhr, bei Janßen am Markt.

Briefkasten der Redaktion.

In mehrere Zahlheften in Bayern. Die Polizeibehörde hat kein Recht, aus Gewerkschaftsversammlungen minderjährige Personen auszuweisen. Das Vereinsgesetz in Bayern bestimmt lediglich, daß Frauenpersonen und Minderjährige weder Mitglieder politischer Vereine sein noch deren Versammlungen besuchen dürfen. Wir bitten die betreffenden Ortsverwaltungen, gegen die polizeilichen Chikanen Beschwerde zu erheben.
Nach Wesel. Die Behauptung betr. die 3 Wertmeister ist eine Unwahrheit. In Köln gehört kein einziger Wertmeister an dem Verbandsrat an.

Glas-Christbaumschmuck.



aus erster Hand, reichsortiertes Sortiment I gegen **M. 5** (Nachnahme 6.30), Einwendung **M. 5** Stück besserer Sachen erst verfertigte Glas- u. Porzellan-Angeln, ländliche Gläser, Kränze, Schneeballen, japanische Lampen, Besen, usw., große Auswahl für Silberbesteck u. s. w. Sortiment II 124 Stück größerer Sachen zum selben Preis. Beiden Sortimenten liegt gratis eine hervorragende Neuheit Pruststraße 29 cm hoch mit Silberbesteck, 1 Engel und 2 Paletten, Sametta bei Sortiment III M. 4, Nachnahme 4.30, enthält 276 Stück meist oben angegebene Sachen, wird auf Wunsch auch geleih. Für Händler Sortimente von 8 M. u. höher.

Max Neumann, Lauscha S.-M. Nr. 12.

Tüchtige Stuhlmacher

für feine Arbeiten für sofort gesucht.
Möbelfabrik Heinrich Palkenberg, Köln, Altes Ufer 41.

Nach Gsch. Der Versammlungsbericht lief doppelt bei uns ein.

Nach Werden, Helmstedt und Arnberg. Die bestellten Bücher werden mit Nr. 50 dieser Zeitung zugefandt. Infolge des Feiertages mußte etwas früher wie sonst Redaktionschluss eintreten. Mehrere Berichte blieben für die nächste Nummer zurück.

Literarisches.

Der deutsche Handwerker-Kalender, Verlag von Th. Otto Weber, Verlagsbuchhandlung, Hamm in Westfalen. Preis 1,20 M. Der Kalender enthält eine Anzahl Notizblätter für sämtliche Tage des Jahres, die neuen deutschen Maße und Gewichte, Post-, Porto- und Gebühren-tarif, Wechselkursen, Zinsabelle, einige kurze Notizen über die Versicherungsgesetzgebung, ein Verzeichnis sämtlicher Handwerks- und Gewerbebetriebe Deutschlands, das neue Handwerkerrecht, ein Verzeichnis der Fachblätter Deutschlands, Anleitung zur Kalkulation, Eintreibung und Verjährung von Forderungen, sowie das neue Rinderschutzgesetz.

Empfehlenswerte Schriften.

Folgende Schriften werden den Ortsgruppen zum Massenabsatz dringend empfohlen. Dieselben können zu jeder Zeit von der Zentralstelle des Verbandes bezogen werden:

- Handbuch der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 0,80 M.
- Christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen 0,30
- Protokoll des Frankfurter Arbeiterkongresses 0,25
- Protokoll über die Verhandlungen des vierten Kongresses der christl. Gewerkschaften (München) 0,25
- Protokoll über die Verhandlungen des fünften Kongresses der christl. Gewerkschaften (Essen) 0,30
- Die englischen Gewerkschaften 0,15
- Das Konstitutionsrecht der deutschen Arbeiter 0,15

Nachstehende Bücher werden nur dann zugefandt, wenn dieselben bis zum 29. November bei der Zentralstelle bestellt sind. Die Zustellung erfolgt mit Nr. 50 der Zeitung.

- 1. Krankenversicherungsgesetz, von Wobbe 3,50 M.
- 2. Gewerbeunfallversicherungsgesetz, v. Wobbe 2,50
- 3. Invalidenversicherungsgesetz, von Freund 2,80
- 4. Was jedermann bezüglich der Invalidenversicherung wissen muß, von Dr. Gize 0,25
- 5. Gewerbeordnung, von Berger-Wilhelm 2,—
- 6. Gewerbeverordnungen, von Guno 2,—
- 7. Reichsgesetz betreffs Rinderarbeit in gewerblichen Betrieben, von Schangenberg 1,20
- 8. Das Recht der Beschlagnahme von Lohn- und Gehaltsforderungen, von Meyer 1,50
- 9. Genossenschaftsgesetz, von Gräber 1,50
- 10. Merkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag 0,10
- 11. Die Arbeiterfrage, von Hertner 2,—
- 12. Die Arbeiterfrage, von Dr. Gize 1,—
- 13. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich 1,20
- 14. Die preussischen Gesetzsammlungen (2 Bände) 7,50

Zur Beachtung!

Alle den Verband angehende Postsendungen sind zu adressieren:

„An die Zentralstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes, Köln, Rhein, Palmstraße 14.“

Bei allen Sendungen, ganz gleich ob Briefe oder Postkarten, vergesse man nie die deutliche Unterschrift und Adresse des Absenders. Das gilt für alle Verbandsmitglieder, auch für die, welche häufig mit der Verbandsleitung korrespondieren. Dadurch wird die Führung der Korrespondenz bei der Zentralstelle ganz bedeutend erleichtert.

Alle Mitteilungen an die Verbandsleitung sind möglichst kurz, deutlich und streng der Wahrheit entsprechend abzufassen. Bei irgend welchen bemerkenswerten Vorkommnissen in der Arbeiterbewegung berichtet man sofort, schildere den wirklichen Thatbestand unter Weglassung von jeglichem Beiwerk.

Zentralstelle Köln
Unser Versammlungslokal befindet sich in Zukunft im
Friesenbräu
Friesenstraße 26—28. Nächste Versammlung Samstag den 19. November abends punkt 8 1/2 Uhr.

Der Arbeitsnachweis
befindet sich wie früher Palmstraße 14.
Telephon 7605.

Zentralstelle Köln-Nippes
Sonntag den 20. November

Mitgliederversammlung
mit Vortrag des Kollegen Gidmann, Köln.

Verantwortl. Redakteur: Heinrich Ruchholtz, Köln.
Druck von Heinrich Ruchholtz, Köln.